Ä48 zu D1: Lebenshaltungskosten senken – Verhandlungen zur Schuldenbremse und des Sondervermögens Infrastruktur im März 2025 nutzen

Antragsteller*innen Klaus Butzinski-Stock (KV Oberhavel)

Antragstext

In Zeile 10:

Wir fordern, dass das Klimageld umgehend eingeführt wird. ~~Es~~Von Beginn des Haushaltsjahres 2026 an sollen alle Einnahmen aus CO2-Steuern und Abgaben ausschließlich für das Klimageld Verwendung finden und für ggf. spätere Auszahlungen an die Bürger gesichert werden. Das Klimageld soll sozial gestaffelt und mit einer Einkommensgrenze versehen sein. Wer zu viel Klimageld erhält, soll den überschüssigen Betrag über den Steuerbescheid zurückzahlen. Diese Mittel fließen dann im Folgejahr erneut in den Klimageld-Haushalt.

Begründung

Die Mittel aus den Einnahmen der CO2-Steuern/-Abgaben dürfen nicht wie unter der Ampel-Regierung zweckentfremdet für andere Aufgaben Verwendung finden. Was in einem Jahr nicht an die Bürger verteilt werden kann muss später über das Klimageld verteilt werden (bestenfalls monatlich, damit die Bürger merken dass es das Klimageld wirklich gibt für das wir seit langem kämpfen). 2026 ist realistischer als rückwirkend, deshalb 2026. Alle Einnahmen aus der CO2-Steuer deshalb, weil dadurch die Lebenshaltungskosten stärker gesenkt werden können als wenn Teilse derselben für andere - auch Klimaschutzmassnahmen - verwendet würden. Den Absatz als Ganzes verstehe ich als Teil der Agenda "TAX THE RICH".